



**DEM  
FORTSCHRITT  
WIEDER  
RICHTUNG  
GEBEN**

**NEUE IMPULSE FÜR UNSERE  
LIBERALE UND SOZIALE DEMOKRATIE**



# ÜBERSICHT

EINLEITUNG	4
1. AUSGANGSLAGE: EINE WELT IM WANDEL – EINE WELT AUS DEN FUGEN	5
Die antiliberal-populistische Welle im globalen Maßstab	5
Deutschland als Stabilitätsanker?	7
Die (vermeintliche) Überforderung unserer liberalen Gesellschaften	8
2. WOFÜR PROGRESSIVE POLITIK IN ZEITEN DES WANDELS STEHT	9
Sechs zentrale Leitfragen progressiver Politik	11
Die Rolle des Nationalstaats in einer sich wandelnden Welt	12
Progressiv sein ist (auch) eine Frage der Haltung	13
3. WELCHEN BEITRAG EIN THINK-TANK WIE DAS PROGRESSIVE ZENTRUM LEISTEN KANN	14
Selbstverständnis als Plattform und dynamischer Netzwerkknoten	16
ÜBER DAS PAPIER & DAS PROGRESSIVE ZENTRUM	18
IMPRESSUM	18



*Dieses Reflexions- und Diskurspapier verfolgt mehrere Ziele:  
Zum einen dient es als eine aktuelle Standortbestimmung progressiver Politik.  
Es skizziert die Themen und grundsätzlichen Fragen, die Progressive in einer  
zunehmend aus den Fugen geratenen Welt in den Fokus nehmen müssen.  
Außerdem umreißt es, was wir unter den gegebenen Bedingungen als „Fortschritt“  
begreifen. Zum anderen soll das Papier unser Profil als Think-Tank  
und politisches Netzwerk schärfen.*

*Wir wollen damit deutlich machen, wofür wir als Progressive in Deutschland  
und Europa stehen – und wofür nicht. Und wir möchten unsere  
Partnerorganisationen wie auch Mitstreiterinnen und Mitstreiter zur  
Diskussion darüber einladen, welchen Beitrag wir gemeinsam leisten können,  
um unsere liberale Demokratie zu stärken – für eine moderne soziale  
Gesellschaft, die alle Menschen am Fortschritt beteiligt.*





# 1 AUSGANGSLAGE: EINE WELT IM WANDEL – EINE WELT AUS DEN FUGEN

Wir leben in politisch turbulenten Zeiten, die von dramatischem Wandel gekennzeichnet sind. Global agierende Technologiekonzerne scheinen die Welt in atemberaubender Geschwindigkeit zu digitalisieren, zu vernetzen und von Grund auf zu verwandeln. Während die Ungleichheit *zwischen* Ländern in globaler Perspektive insgesamt abnimmt, steigt die soziale Ungleichheit *innerhalb* fast aller Gesellschaften, einschließlich der OECD-Staaten, rapide an. In politischer Hinsicht hat sich in den letzten Jahren ein hohes Maß an Verunsicherung und Orientierungslosigkeit etabliert – maßgeblich forciert durch populistische Parteien und PolitikerInnen. Damit gehen der Bedeutungsverlust klassischer demokratischer Institutionen wie Parteien und Gewerkschaften sowie der Aufstieg des Rechtspopulismus einher (in einigen Ländern auch des Linkspopulismus).

Letztlich erleben wir gegenwärtig einen Politikzyklus, in dem sich **neue gesellschaftliche Strukturen von Konfliktlinien** (Cleavages) formieren – wobei teilweise sozio-ökonomische Konflikte (Gerechtigkeit vs. Markt) in den Hintergrund getreten sind, während sozio-kulturelle Konflikte um mehr oder weniger Welt-offenheit und gesellschaftlicher Vielfalt in den Vordergrund rücken. Die Agenda dominiert aktuell vor allem die Konfliktlinie zwischen offener und geschlossener Gesellschaft, zwischen liberalen und antiliberalen, zwischen freiheitlichen und autoritären politischen Konzepten. Dabei erleben die Anhänger antiliberaler Gesellschaftsmodelle in Europa und global neuerdings deutlichen Rückenwind. Dagegen müssen wir positive progressive Ideen und Politik setzen, um Orientierung und Hoffnung zu geben.

## DIE ANTLIBERAL-POPULISTISCHE WELLE IM GLOBALEN MASSSTAB

Die genannten übergreifenden Trends besitzen zwar einen globalen Charakter, treten aber in spezifischen nationalen Ausprägungen auf. In einigen Staaten haben politische Kräfte, die eine emotionale, ressentimentgetriebene, nicht selten radikal völkische und nativistische Ideopolitik vertreten, bereits Parlamentsmehrheiten und Regierungsmacht erobert. Wir haben es dabei mit **unterschiedlichen Ausprägungen neuer antiliberaler und autoritärer Herrschaft** zu tun. Dies ist etwa in China, Russland, Ungarn, Polen und der Türkei sowie – seit dem jüngsten Machtwechsel – in Brasilien der Fall, neuerdings mindestens ansatzweise auch in den Vereinigten Staaten sowie in Österreich und Italien.

Die Regierenden dieser Staaten stellen den Wert der Freiheit und die Errungenschaften der freiheitlichen Demokratie grundsätzlich in Frage. Sie artikulieren ein selbst definiertes Mehrheitsprinzip und negieren Minderheitenrechte, wenn sie ihnen nicht passen. Die dadurch ausgelösten politischen Veränderungen verursachen ökonomische, soziale und kulturelle Verwerfungen in den jeweiligen Gesellschaften, aber auch in den internationalen Beziehungen. Darüber hinaus bestreiten sie auch die Notwendigkeit einer verantwortungsbewussten und prinzipiengeleiteten internationalen Politik (inklusive Klimapolitik). So bekämpfen diese antiliberalen Kräfte

## „Sollte sich das antiliberaler Gesellschaftskonzept global weiter ausbreiten, gerät das Modell der sozialen und liberalen Demokratie erstmals seit dem Zusammenbruch des Kommunismus wieder in eine Systemkonkurrenz.“

zentrale demokratische und progressive Werte wie Pluralismus und Gleichberechtigung, Vielfalt oder Solidarität.

Sollte sich das antiliberaler Gesellschaftskonzept global weiter ausbreiten, gerät das Modell der sozialen und liberalen Demokratie erstmals seit dem Zusammenbruch des Kommunismus wieder in eine **Systemkonkurrenz**, die in einer Systemkonfrontation münden kann. Vorläufig erscheinen die sozialen und liberalen Kräfte in den Gesellschaften Europas und der westlichen Welt noch deutlich in der Mehrheit. Allerdings erweisen sie sich von der antiliberal-autoritären Welle innerhalb vieler Gesellschaften sichtbar beeindruckt und bleiben einstweilen erstaunlich defensiv.

In vielen europäischen Staaten, etwa in Frankreich, Großbritannien, Deutschland oder den nordischen Ländern, scheint eine radikal systemverändernde Machtübernahme antiliberaler politischer Kräfte zwar (noch) in weiter Ferne zu liegen. Doch auch hier sind bereits **tektonische Verschiebungen im gesellschaftlichen Diskurs** feststellbar – mit weitreichenden Auswirkungen auf Meinungsbildungsprozesse und Politikgestaltung. Immer häufiger stoßen rechtspopulistische Argumentationsfiguren auch in der Mitte der Gesellschaften auf Resonanz. Das ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen, dass selbst politische Akteure der rechten oder linken Mitte rechtspopulistische Strategien übernehmen. Da es ihnen an eigenständigen und vorwärtsweisenden Konzepten fehlt, adaptieren sie in in-

haltlicher wie sprachlicher Hinsicht kurzerhand rückwärtsgewandte Positionen, die dadurch in der demokratischen Debatte „normalisiert“ werden und weitreichende gesellschaftspolitische Wirkkraft entfalten können. Der gesellschaftliche Diskurs verändert sich im Sinne einer Polarisierung und bisweilen einer neuen „Verrohung“ der demokratischen Umgangsformen nachhaltig negativ. Offenbar gelingt es den progressiven und liberalen Kräften noch nicht ausreichend, diesen reaktionären Mitbewerbern um die gesellschaftspolitische Deutungshoheit eine positive, entschlossene und zugleich attraktive Antwort entgegenzusetzen.

Begleitet werden diese weitreichenden politischen und sozioökonomischen Veränderungen von einem signifikanten **Strukturwandel der Öffentlichkeit und der Kommunikationslandschaft**. Kommunikation in eine breite Öffentlichkeit hinein ist schon seit vielen Jahren nicht mehr Privileg der Massenmedien oder des Staates. Das Internet erleichtert den Zugang zu Informationen für den einzelnen Menschen und stärkt damit seine Machtposition gegenüber dem Staat. Zugleich ergeben sich für BürgerInnen neue Möglichkeiten, ihre eigenen Botschaften außerhalb feststehender Kommunikationsstrukturen schnell und effektiv zu verbreiten. Würden sie die sozialen Medien nicht derart professionell nutzen, hätten rechtspopulistische Bewegungen in der öffentlichen Wahrnehmung wohl kaum ihre heutige Durchschlagskraft erreichen können. Hinter ihrem Aufstieg stehen aber auch **strukturelle Veränderungen im Lebensalltag** der Menschen, die sich in ihren tradierten Gewohnheiten irritiert und herausgefordert sehen. Angesichts gesellschaftlicher Beschleunigung und allgegenwärtiger Ökonomisierung wächst bei vielen Bürgerinnen und Bürgern sowie sozialen Gruppen das Bedürfnis, lang gewachsene Identitäten zu stabilisieren oder neu zu entwickeln.

## DEUTSCHLAND ALS STABILITÄTSANKER?

Gerade Deutschland, das lange Zeit als Hort relativer Stabilität galt, steht vor großen Veränderungen und Herausforderungen. Zentrale demokratische Stabilitätsanker wie der Rechtsstaat, die Medien, die Gewerkschaften, Verbände und besonders die großen Volksparteien wirken weniger widerstandsfähig als erwartet – auch deshalb, weil sie die neuen kommunikativen Herausforderungen nicht aktiv annehmen und zu ihrem Vorteil nutzen. Auch hierzulande schüren **rückwärtsgewandte national-populistische Kräfte** Ängste, relativieren Deutschlands historische Verantwortung und verbreiten gezielt Ressentiments gegen Fremde, Schwache und Minderheiten. Bestehende demokratische Institutionen sowie die sie verteidigenden PolitikerInnen sehen sich hemmungslosen Angriffen ausgesetzt. Auch die Aggression gegen eine kritische Öffentlichkeit und Wissenschaft nimmt zu. Vor allem die **Verachtung der demokratischen Politik** einschließlich ihrer Akteure und Institutionen hat bisweilen Ausmaße erreicht, wie sie einst in der Weimarer Republik zu erleben waren. Dies ist einerseits erklärbar angesichts einer Politik, der es tatsächlich zu wenig gelingt, alle Bevölkerungsgruppen einzubeziehen und mitzunehmen. Andererseits hat sich die abschätzig-rechtspopulistische Rhetorik („Altparteien“, „Systemparteien“, „Establishment“ usw.) derart durchgesetzt, dass sie der Abkehr von der repräsentativen Demokratie den Boden bereiten könnte.

„Im Zentrum der politischen Debatte in Deutschland stehen gegenwärtig nicht sozialökonomische, sondern kulturelle Herausforderungen und Irritationen.“

Im Zentrum der politischen Debatte in Deutschland stehen gegenwärtig vordergründig nicht sozialökonomische, sondern **kulturelle Herausforderungen** und Irritationen. Das zeigt nicht zuletzt der erbitterte Streit um die deutsche Flüchtlings- und Integrationspolitik, der quer durch (fast) alle Parteien der Mitte verläuft. Zugleich dürfen allerdings die ökonomischen und sozialen Strukturveränderungen nicht vernachlässigt werden: So haben **multinationale Unternehmen** mittlerweile so stark an Macht gewonnen, dass jede Politik unglaubwürdig erscheinen muss, die sich der Herausforderung von neuen Transparenz- und Regulierungserfordernissen nicht stellt (dazu zählen auch Besteuerungsinstrumente wie beispielsweise die Digitalsteuer). Deshalb müssen sich Progressive intensiver als bisher mit den Missständen, Zielkonflikten und Widersprüchen von Globalisierung, Europäisierung und Digitalisierung auseinandersetzen – gerade um den positiven Kern dieser Prozesse zu bewahren und sie konstruktiv weiterentwickeln zu können. Das gilt ganz besonders für die Vertiefung der europäischen Integration.

„Progressive müssen sich intensiver mit den Missständen, Zielkonflikten und Widersprüchen von Globalisierung, Europäisierung und Digitalisierung auseinandersetzen.“

## DIE (VERMEINTLICHE) ÜBERFORDERUNG UNSERER LIBERALEN GESELLSCHAFTEN

Die dargelegten Herausforderungen begünstigen eine gesellschaftliche Konstellation, in der alte politische Organisationen und Gewissheiten zur Disposition stehen. Der klassische Gegensatz von „Rechts“ und „Links“ scheint sich aufzulösen. Statt Parteien gewinnen zunehmend Personen und personenzentrierte Bewegungen die Unterstützung der Bevölkerung; ein **Trend zu autokratischen Führungsstilen** ist unverkennbar. Dagegen kommt die Herausbildung neuer progressiver Orientierungen in der Gesellschaft, in den Parteien und im Parteiensystem, nur schleppend voran. Auffällig ist besonders, wie schwer sich die entlang den Konfliktlinien des 19. und 20. Jahrhunderts entstandenen Organisationen, Institutionen und Sozialmilieus in Deutschland und Europa tun, die Herausforderungen der Gegenwart offensiv und proaktiv anzunehmen.

**Die gestörte Vertrauensachse** zwischen den dominanten Akteuren des politischen Systems einerseits und der Zivilgesellschaft andererseits ist eine zentrale Quelle für frei florierenden Populismus. Mit der interessen- und ideenpolitischen Desorientierung und Unentschlossenheit der großen Volksparteien wächst die Gefahr der Beharrung und des weiteren Aufstiegs populistischer Akteure. Es ist offensichtlich, dass seit einigen Jahren in Teilen Europas ein umfassendes **Grundgefühl der Abwehr** gegen die (vermeintlichen) Überforderungen unserer Gesellschaften im 21. Jahrhundert um sich greift. Auch die Unterstützung für die solidarisch organisierten Wohlfahrtssysteme geht tendenziell zurück. PolitikerInnen der hergebrachten Parteien reagieren darauf immer häufiger, indem sie defensive nationale Rückzugspositionen einnehmen – ein gefährlicher Teufelskreis.

„Progressive Parteien und Akteure haben bislang keine tragfähigen Konzepte entwickelt, um die nationale mit der supranationalen Ebene so zu verzahnen, dass BürgerInnen die Vorteile spüren.“

Tatsächlich haben auch **progressive Parteien und Akteure** bislang keine wirklich tragfähigen Konzepte entwickelt, um die nationale mit der supranationalen Ebene so zu verzahnen, dass BürgerInnen die Vorteile dieser Politik spüren und nachvollziehen können. Konkret geht es dabei um die zahlreichen offenen Baustellen in der Wirtschafts-, Technologie-, Energie-, Klima-, Mobilitäts-, Sozial- und Migrationspolitik – und erst recht um die ungelösten Fragen bezüglich der zukünftigen Rolle von Nationalstaat und europäischer Integration. Aber auch im Hinblick auf die voranschreitende soziale Ungleichheit wurden in den vergangenen Jahren zu wenige überzeugende Antworten formuliert. **Substanzelle Perspektivdebatten zum Thema Ungleichheit und faire Teilhabe** aller am Wohlstand stehen weiterhin aus, müssten aber dringend geführt werden. Ähnlich verhält es sich mit dem Komplex der **Klima- und Umweltpolitik**, die zu einem Randthema verkommen ist, obwohl der Handlungsdruck außerordentlich groß ist – auch angesichts zu erwartender ökonomischer und sozialer Verwerfungen im Falle des Nichthandelns.

## 2 WOFÜR PROGRESSIVE POLITIK IN ZEITEN DES WANDELS STEHT

Als „progressiv“ oder „fortschrittlich“ verstehen wir einen zugleich freiheitlichen und sozialen Kurs. Dieser Kurs setzt darauf, unter den oben beschriebenen veränderten Bedingungen, **ein sich wechselseitig positiv bedingendes Verhältnis von wirtschaftlichem, sozialem und ökologischem Fortschritt** zu entwerfen und politisch zu organisieren – statt die Ziele der wirtschaftlichen Dynamik, der Gerechtigkeit und des Umweltschutzes oder gar sozial oder ethnisch definierte Gruppen von Menschen gegeneinander auszuspielen. **Maß und Ziel aller fortschrittlichen Politik** sollte dabei die Verbesserung der realen Lebenschancen, die Erweiterung der tatsächlichen Freiheiten und „Verwirklichungschancen“ (Amartya Sen) der Menschen sein. Dies ist das wesentliche ideenpolitische Fundament progressiver Politik.

„**Maß und Ziel aller fortschrittlichen Politik sollte dabei die Verbesserung der realen Lebenschancen, die Erweiterung der tatsächlichen Freiheiten und Verwirklichungschancen der Menschen sein.**“

Progressive haben erkannt, dass eine Welt im Wandel nicht mit einer beharrenden Politik des Status quo befriedet werden kann. Aus progressiver Perspektive kann es also nicht darum gehen, das Bestehende um seiner selbst willen zu verteidigen. Vielmehr kommt es darauf an, den Wandel zunächst zu begreifen und diesem sodann proaktiv eine fortschrittliche Richtung zu geben. Darin liegt der **Schlüssel jeder neuen progressiven Politik** für unsere Zeit.

Zentrale Herausforderungen, denen sich progressives Denken und Handeln auf dem Weg zum Fortschritt stellen müssen, sind die **Widersprüche moderner Gesellschaften** und die damit einhergehenden Gefährdungen für die Demokratie und den sozialen Zusammenhalt. Dazu zählen besonders Extremismus, Populismus und Technokratismus. Wie lässt sich die allenthalben beklagte Entfremdung der BürgerInnen von Parteien und ihren gewählten RepräsentantInnen verstehen? Und wie ist dagegen vorzugehen? Was sind erfolgversprechende Strategien im Kampf gegen soziale Ungleichheit und Ausgrenzung? Wie muss die Politik auf das unter dem Stichwort „identity politics“ diskutierte gesellschaftliche Unbehagen am ökonomischen, kulturellen und wertebezogenen Wandel reagieren? Wie lässt sich überhaupt evidenzbasierte Politik betreiben in Zeiten der Erosion von Wahrheit(en) und wissenschaftlicher Autorität?

Neben Antworten auf demokratiepolitische Herausforderungen brauchen wir auch progressive Ansätze zur **Modernisierung der wirtschaftlichen Strukturen** unter den Bedingungen von Digitalisierung, demographischem Wandel, Migration und Klimawandel: Wie kann der wissenschaftlich-technische Fortschritt für alle gestaltet und eingesetzt werden? Wo bedarf es einem entschiedenen regulatorischen Eingreifens, um ökologische und klimawandelbedingte Verwerfungen zu minimieren, auch gegen erheblichen Widerstand etablierter wirtschaftlicher Akteure?

„Progressive müssen sich in allen öffentlichen Arenen den rechtspopulistischen, antiliberalen und menschenverachtenden Tendenzen entgegenstellen.“

Antworten auf diese Fragen werden ganz entscheidend dafür sein, wie sich Demokratie und soziale Marktwirtschaft – als politisches Prinzip und freiheitliches Lebensmodell – behaupten und weiterentwickeln können. Mit dem Aufstieg des neuen **Rechtspopulismus** steht mittelfristig eine Herausforderung auf der Tagesordnung, die in den Parteien und in der Zivilgesellschaft viele Kräfte absorbieren wird. Rechtspopulistischen, antiliberalen und menschenverachtenden Tendenzen müssen sich Progressive in allen öffentlichen Arenen entschieden entgegenstellen – in der intellektuellen und publizistischen Debatte, aber auch in der parlamentarischen und zivilgesellschaftlichen Auseinandersetzung. Eine Verteidigungshaltung allein ist dafür unzureichend; vielmehr muss im öffentlichen Diskurs für progressive Ziele mit neuen Ideen und Narrativen sowie einer frischen, inklusiven und zugleich offensiven Sprache gestritten werden.

„Wir werben für eine Politik der Lebenschancen für alle.“

Notwendiger denn je ist es deshalb, in Deutschland und Europa **progressive Diskurse** offensiv voranzutreiben. Es muss dabei auch um mehr Innovationsfreude gehen. Deshalb werben wir dafür, das positive Wechselverhältnis zwischen fairer Wirtschaft und solidarischer Gesellschaft systematisch zu stärken sowie eine neue „**Politik der Lebenschancen für alle**“ zu entwickeln. Dabei ist klar: Ökonomischer Erfolg und eine allgemein als gerecht empfundene Gesellschaft werden auch künftig nicht ohne Konflikte zu er-

zielen sein. Aber statt Effizienz-, Umwelt- und Gerechtigkeitsziele gegeneinander in Stellung zu bringen, kommt es darauf an, **Win-Win-Konstellationen** zu entwickeln, in denen sich Effizienz, Gerechtigkeit und ökologische Vernunft gegenseitig stärken. Nicht zuletzt der Erfolg der skandinavischen Staaten als Gesellschaften wirtschaftlicher Dynamik und moderner Sozialstaatlichkeit belegt, dass dieses symbiotische Positivsummenspiel machbar und zukunfts-trächtig ist.

Die Befähigung der Menschen, erfolgreich am dynamischen Marktgeschehen teilzunehmen, und damit zur gesellschaftlichen Wertschöpfung beizutragen, hat wie niemals zuvor in der Geschichte Voraussetzungen, die der Markt selbst nicht gewährleistet – etwa im Hinblick auf Bildung, Lebenschancen und Umweltbedingungen. Allerdings kann diese Voraussetzungen im 21. Jahrhundert nicht mehr allein der Nationalstaat schaffen. Im Falle Deutschlands und seiner Partnerländer erhält dieser erst über eine weiter zu vertiefende Europäische Union seine volle Souveränität.

# SECHS ZENTRALE LEITFRAGEN PROGRESSIVER POLITIK

- 1** Wie lässt sich die neue Entfremdung der BürgerInnen von den etablierten Parteien verstehen und überwinden?
- 2** Was sind erfolgversprechende Strategien im Kampf gegen soziale Ungleichheit und Ausgrenzung?
- 3** Wie kann der wissenschaftlich-technische Fortschritt im Sinne aller gestaltet werden?
- 4** Wie lässt sich evidenzbasierte Politik betreiben in Zeiten der Erosion von Wahrheit(en) und wissenschaftlicher Autorität?
- 5** Wie wird der Staat, wie wird Europa wieder zum Symbol für Fortschritt und Zukunftsfähigkeit?
- 6** Wie kann Europa noch besser zum Schutzraum vor den negativen Auswirkungen der Globalisierung und gleichzeitig Garant liberaler und progressiver Werte werden?



## DIE ROLLE DES NATIONALSTAATS IN EINER SICH WANDELNDEN WELT

Die nationalstaatliche und europäische Politik müssen sich wandeln und dabei **die nationale und supranationale Ebene** verzahnen. Denn es ist offensichtlich: Die negativen Folgen der Globalisierung sind zum Treibstoff für populistische Bewegungen geworden, die nicht nur die Globalisierung, sondern auch die Europäisierung rückabwickeln wollen. Populisten preisen den Nationalstaat wieder als Heilmittel, propagieren geschlossene Gesellschaften und Abschottung. Dieser eng gedachte Rückzugspfad schlägt sich auch in der Politik von Regierungen und Parteien sowie in den Diskursen einzelner Gruppen von Intellektuellen nieder.

„Die negativen Folgen der Globalisierung sind zum Treibstoff für populistische Bewegungen geworden.“

Zum Ausdruck kommt auch hier das verbreitete Gefühl, Nationalstaaten seien in ihrer Schutz-, Verteilungs- und Beteiligungsfunktion für eine Mehrheit der Bevölkerung die wichtigste Ebene. Insofern ist anzuerkennen, dass der **Nationalstaat** und die mit ihm eng verbundene Rechts- und Sozialstaatlichkeit keine rückständigen Überbleibsel sind, sondern das weiterzuentwickelnde Fundament zukünftiger Gestaltungspolitik der Europäisierung und Globalisierung darstellen. Dies gilt zumindest für Deutschland und alle europäischen Partnerländer, in denen der Staat heute noch mehr Lösung als Problem darstellt.

Und auch wenn die europäische Einigung viele progressive Erwartungen bisher (noch) nicht erfüllt hat, ist und bleibt ebenfalls richtig, dass die globalen Herausforderungen komplex sind und nicht von nationalen Regierungen allein gelöst

werden können. Gerade angesichts des Imperativs zum kollektiven Handeln in Bereichen wie der Sicherheits-, Innovations-, Standort- und Klimapolitik ist und bleibt im Falle Deutschlands eine Teilung und Vergemeinschaftung von Verantwortung besonders auf europäischer Ebene unumgänglich. **Europa ist die wichtigste Regulierungskraft der Globalisierung.**

„Der Schlüssel für eine progressive Zukunftsperspektive ist ein moderner und handlungsfähiger Staat sowie ein modernes und handlungsfähiges Europa.“

Der Schlüssel für eine progressive Zukunftsperspektive ist somit letztlich ein **moderner und handlungsfähiger Staat** sowie ein modernes und handlungsfähiges Europa, das – in Kooperation mit einer aktiven und gestaltungsorientierten Zivilgesellschaft – seine Potenziale und Strukturen im Sinne des Gemeinwohls einsetzen kann. Die handlungsleitende Frage für progressive Politik lautet vor diesem Hintergrund: Wie können Politik und der Staat wieder Vertrauen schaffen, um zu echten Trägern für Fortschritt und Zukunftsfähigkeit zu werden? Und wie kann Europa zum Schutzraum vor den negativen Auswirkungen der Globalisierung und gleichzeitig Garant liberaler und progressiver Werte werden? Dies schließt den Mut und die Fähigkeit zur wirksameren Kontrolle der global agierenden (nicht zuletzt digitalen) Konzerne sowie der emissions- und schadstoffintensiven Industrien ein.

## PROGRESSIV SEIN IST (AUCH) EINE FRAGE DER HALTUNG

Auf diese Fragen und Herausforderungen muss progressive Politik Antworten geben. Was progressive Kräfte dabei besonders auszeichnet, ist eine **engagierte Haltung**. So sind Progressive neugierig, veränderungs- und gestaltungsfreudig sowie bereit, Verantwortung zu übernehmen. Die Erneuerung unserer liberalen Demokratie hin zu einer modernen und gerechten Gesellschaft kann nicht gelingen, wenn wir aus der Defensive sprechen und handeln. Gesellschaftliche Reform- und Transformationspolitik braucht vielmehr Selbstbewusstsein, eine zupackende, vorwärtsgewandte und auch zupackende Haltung. Dabei passt zur progressiven Haltung kein wilder Aktionismus. Gefragt ist zunächst die kritische und ehrliche Analyse gesellschaftspolitischer Verhältnisse. Es geht also darum, zu sehen und zu sagen was ist, um den Status quo zu verbessern. Ausgeprägter Optimismus und aufgeklärte Entschlossenheit zum politischen Handeln sind Markenzeichen einer progressiven Haltung. Erst aus dem Zusammenspiel von kritischem Blick und tatkräftigem Engagement erwächst die Fähigkeit zur progressiven Erneuerung einer freiheitlichen und sozialen Ordnung jenseits von tradierten Ideologien und neuem Populismus.

„Die Markenzeichen einer progressiven Haltung sind ein ausgeprägter Optimismus und aufgeklärte Entschlossenheit zum politischen Handeln.“

Eine Politik mit progressiver Haltung will die Bedingungen für das selbstverantwortliche Individuum verbessern, um eine Gesellschaft der Freien und Gleichen, aber auch einen Geist der Solidarität voranzubringen. Dabei geht es zugleich um eine **starke Zivilgesellschaft**, ohne

die demokratische Politik und gute Regierungsarbeit weder ein Fundament noch die dringend benötigten Korrekturkräfte hätten. Die demokratischen zivilgesellschaftlichen Akteure und unabhängigen Institutionen sollen Bollwerke sein, um den Einfluss von Märkten und Staat im Sinne einer selbstbestimmten Ordnung auf ein sinnvolles Maß zu begrenzen.

Progressive eint der **Glaube an Veränderbarkeit** dieser menschengemachten Welt, an sozialen Fortschritt sowie die Wirksamkeit unseres eigenen Tuns. Progressive zweifeln nicht an den Werten, Prinzipien und Institutionen einer aufgeklärten Politik. Allerdings ist es ihre Aufgabe, genauer hinzuschauen, geduldiger nachzufragen, intensiver nach Ursachen von Fehlentwicklungen zu forschen sowie leidenschaftlicher die Errungenschaften und Potenziale von Demokratie, Rechts- und Sozialstaat herauszustellen – und für diese in der politischen Auseinandersetzung auch aktiv einzustehen. Zugleich müssen Progressive offen sein für neue demokratische, soziale und ökologische Antworten, die den gegenwärtigen Herausforderungen wirkungsvoller begegnen als in der Vergangenheit. Die **ethische Maxime progressiver Kräfte** orientiert sich dabei an der Idee der individuellen Befähigung und Solidarität der Gemeinschaft, um so Verwirklichungschancen für möglichst viele Menschen zu fördern. Dafür müssen sich die bestehenden gesellschaftlichen und politischen Strukturen daran messen lassen, ob sie Lösungen für die sozialen und ökologischen Defizite in Wirtschaft und Gesellschaft zu entwickeln vermögen. Insbesondere müssen sich Progressive als fähig erweisen, auch denjenigen Perspektiven aufzuzeigen, die unter den gegenwärtig bestehenden Verhältnissen leiden.

# 3

## WELCHEN BEITRAG EIN THINK-TANK WIE DAS PROGRESSIVE ZENTRUM LEISTEN KANN

Vor dem Hintergrund der oben beschriebenen Herausforderungen muss es für einen progressiven Think-Tank darum gehen, die Welt im Wandel kritisch-konstruktiv zu begleiten, Orientierung zu stiften sowie Erneuerungsdebatten zu initiieren und voranzutreiben. Dies ist auch Teil des Anspruchs und der Mission von **Das Progressive Zentrum** als unabhängige, überparteiliche, gemeinnützige und zugleich ideenpolitisch verortete Organisation.

Wir wollen dazu beitragen, **dem Fortschritt wieder eine soziale, weltoffene und ökologisch verantwortbare Richtung** zu geben. Diesem hohen Anspruch wollen wir gerecht werden und vor allem in drei übergreifenden Themenfeldern programmatische Akzente setzen:



1 Im Programmbereich „Zukunft der Demokratie“ leisten wir eigene innovative Beiträge zur Stärkung der Zivilgesellschaft, der demokratischen Debattenkultur sowie der politischen Repräsentation und Teilhabe. Neben unterschiedlichen Debattenformaten und Projekten haben wir mit dem „Democracy Lab“ einen kreativen und interdisziplinären Ort zum Nach- und Vordenken geschaffen, der sich besonders auf Fragen zu demokratischen Innovationen sowie zum Umgang mit demokratiegefährdendem Rechtspopulismus konzentriert.



**2** Im Programmbereich „**Strukturwandel**“ stehen vor allem sozioökonomische Themen im Vordergrund wie die Fragen nach Digitalisierung, der Arbeitswelt von morgen, inklusivem Wachstum, sozialen Innovationen, sozialer Mobilität sowie dem Klimawandel und der Energiewende.



**3** Im Programmbereich „**Internationale Beziehungen**“ liegt der Fokus zum einen auf Fragen der europäischen Integration und ihren Aspekten wie „Soziales Europa“, „Europäische Öffentlichkeit“, „Interparlamentarische Zusammenarbeit“, „Deutsch-französische Freundschaft“, „Visegrád-Gruppe“, „Brexit“, „Globalisierung und Migration“, „Europäische Wirtschafts- und Währungsunion“ sowie zum anderen auf der transatlantischen Partnerschaft. Ziel ist es, deutsche, europäische und internationale Debatten strategisch und zielführend miteinander zu verzahnen. Das Progressive Zentrum versteht sich dabei als ein Scharnier zwischen West- und Ostmitteleuropa sowie Süd- und Nordeuropa und pflegt zugleich intensive Verbindungen nach Nordamerika.

# SELBSTVERSTÄNDNIS ALS PLATTFORM UND DYNAMISCHER NETZWERKKNOTEN

Im Mittelpunkt unserer Arbeit an der Schnittstelle zwischen Wissenschaft, Politik, Zivilgesellschaft, Medien und Wirtschaft steht zunächst die Analyse der sozialen, ökonomischen, ökologischen und politischen Trends. Dafür bringen wir kluge jüngere Progressive mit erfahrenen Akteuren aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen zusammen und entwickeln konkrete Strategien und Handlungsvorschläge für eine fortschrittsorientierte und erneuerungsfreudige Politik. Um praktisch wirksam zu sein, bringen wir unsere in enger Zusammenarbeit mit politiknahen und wissenschaftlichen Institutionen erarbeiteten evidenz-

basierten Ideen als Angebote in die Politik ein. Zugleich vermitteln wir die Ergebnisse unserer Studien, Debatten und Handlungsempfehlungen auch der Öffentlichkeit.

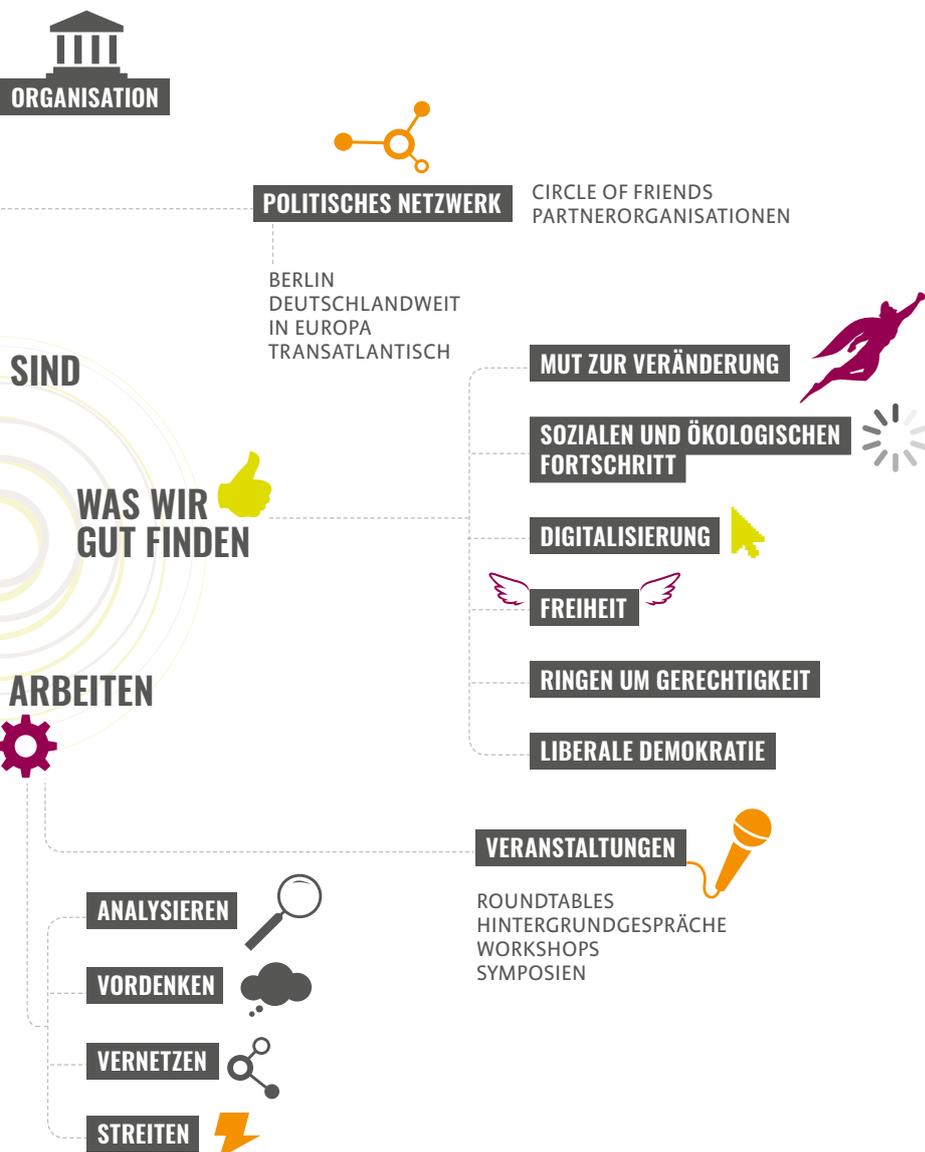
„Wir sehen uns als dynamischer Netzwerkknoten für neue Impulse und Menschen, die in der Gesellschaft etwas bewegen wollen.“

VORSTAND  
GESCHÄFTSFÜHRUNG  
OPERATIVES TEAM  
WISSENSCHAFTLICHER BEIRAT



Das Progressive Zentrum versteht sich letztlich also als Plattform für aufgeklärte Debatten über die Inhalte und Bedingungen einer fortschrittlichen und evidenzbasierten Politik. Wir sehen uns als dynamischer Netzwerkknoten für neue Impulse und Menschen, die in der Gesellschaft etwas bewegen wollen. Dabei stehen wir für die **Einheit von technologischem, wissenschaftlichem, sozialem und humanem Fortschritt**. Unsere Gegner in der demokratischen Auseinandersetzung sind die Kräfte des antiliberalen, autoritären, neoliberalen und rückwärtsgerichtet-populistischen Diskurses.

Wir sind überzeugt: Um neue Perspektiven für eine Politik der fairen Lebenschancen für alle sowie der lebenswerteren Gesellschaft zu schaffen, müssen wir Progressive unsere Ideen in öffentlichen gesellschaftspolitischen Debatten präsenter machen. Dafür sollten wir die verschiedenen Kräfte der sozialen und liberalen Demokratie in Zivilgesellschaft, Politik und Wirtschaft weiter bündeln und wirksame strategische Allianzen eingehen. Vor allem müssen wir das **Vertrauen in die progressive Sache** und in die eigene politische Gestaltungskraft stärken und einen neuen progressiven „Spirit“ in die Gesellschaft tragen – erst recht in Zeiten abnehmenden Lichts.





## DAS PROGRESSIVE ZENTRUM

Das Progressive Zentrum ist ein unabhängiger und gemeinnütziger Think-Tank mit dem Ziel, neue Netzwerke progressiver Akteure unterschiedlicher Herkunft zu stiften und eine tatkräftige Politik für den ökonomischen und gesellschaftlichen Fortschritt zu fördern. Dabei bezieht Das Progressive Zentrum besonders junge VordenkerInnen und EntscheidungsträgerInnen aus Deutschland und Europa in die Debatten ein. Die Themenschwerpunkte liegen entlang der drei Programmbereiche “Zukunft der Demokratie”, “Strukturwandel” sowie “Internationale Beziehungen” mit einem besonderen Fokus auf die europäische Integration und transatlantische Partnerschaft. Die Organisation hat ihren Sitz in Berlin und wirkt darüber hinaus in vielen Ländern Europas (u. a. Frankreich, Polen, Großbritannien) sowie in den USA.

## ÜBER DIESES PAPIER

Dieses Positionspapier wurde unter Federführung des Wissenschaftlichen Beirats von Das Progressive Zentrum unter enger Einbindung des Vorstands, der Geschäftsführung, der Fellows sowie des operativen Teams verfasst.

### IMPRESSUM

Alle Rechte vorbehalten. Abdruck oder vergleichbare Verwendung von Arbeiten von Das Progressive Zentrum, auch in Auszügen, ist nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung gestattet.

© Das Progressive Zentrum e.V., 2019

V.i.S.d.P.: Dominic Schwickert  
c/o Das Progressive Zentrum e.V.  
Werftstraße 3 | 10577 Berlin

Vorsitzende: Dr. Tobias Dürr, Michael Miebach, Katarina Niewiedzial  
Geschäftsführer: Dominic Schwickert  
Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats: Prof. Wolfgang Schroeder

Layout, Grafikdesign & Illustration: Daniel Menzel

[www.progressives-zentrum.org](http://www.progressives-zentrum.org)  
[mail@progressives-zentrum.org](mailto:mail@progressives-zentrum.org)  
[www.facebook.com/dasprogressivezentrum](https://www.facebook.com/dasprogressivezentrum)  
twitter: @DPZ\_Berlin



**Wir denken weiter.**

Das Progressive Zentrum e.V.  
Werftstraße 3  
10557 Berlin, Germany

T +49 30 400 542 55  
F +49 30 39 405 317  
mail@progressives-zentrum.org

www.progressives-zentrum.org  
fb.com/dasprogressivezentrum  
twitter: @DPZ\_Berlin